

# Pappeln am Parkplatz

Helge Breloer

Nach der jüngsten Rechtsprechung des Oberlandesgerichts (OLG) Saarbrücken vom 29. Juni 2010 (1) müssen hohe Pappeln, auch wenn sie gesund sind, an Parkplätzen aus Gründen der Verkehrssicherheit vorsorglich gefällt werden. **Dieses Urteil kann auch im Vergleich zu den bisherigen Pappel-Urteilen des Bundesgerichtshofs (BGH) kein Maßstab dafür sein, wie Pappeln unter dem Aspekt der Verkehrssicherungspflicht zu behandeln sind.**

## **Pappelurteil des OLG Saarbrücken vom 29. Juni 2010**

Nach dem Astausbruch aus einer gesunden Pappel an einem öffentlichen Parkplatz, bei dem ein dort parkender Pkw beschädigt wurde, klagte der Fahrzeughalter erfolgreich auf Schadensersatz.

**Der Leitsatz des OLG Saarbrücken hierzu lautet:**

***„Der Träger der Straßenbaulast ist in Erfüllung der gebotenen Verkehrssicherungspflicht gehalten, im Bereich von Parkplätzen hohe Pappeln zu entfernen, da diese auch in gesundem Zustand Äste abwerfen.“***

Dieses auf der Grundlage eines VTA-Gutachtens gefällte Urteil zur speziellen Verkehrssicherungspflicht für Pappeln ist wie bereits ähnlich gelagerte Pappelurteile dazu geeignet, die Unsicherheit der Baumeigentümer und besonders der Straßenbaulassträger wie beispielsweise der Kommunen im Hinblick auf die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen bei Pappeln zu erhöhen und zum generellen Abholzen aller Pappeln zu veranlassen. **Es bestand jedoch weder bisher noch besteht nach diesem Urteil in Zukunft ein Grund zum generellen Entfernen von hohen Pappeln in Verkehrsbereichen.** Bei Beachtung der für die Baumkontrolle und anschließend erforderlichen Sicherungsmaßnahmen maßgebenden Kriterien, wie sie in dem auch vom BGH zitierten „roten Faden“ (2) zusammengestellt sind, könnten zwar in diesem Fall fachliche Gründe für eine Entfernung der Pappel vorgelegen haben. Aber das ist eine Einzelfallentscheidung, die nicht in der oben beschriebenen Weise verallgemeinert werden darf.

**Der Leitsatz des OLG Saarbrücken müsste vielmehr lauten:**

***„Der Träger der Straßenbaulast kann in Erfüllung der gebotenen Verkehrssicherungspflicht gehalten sein, im Bereich von Parkplätzen hohe Pappeln zu entfernen, wenn aus fachlicher Sicht begründeter Verdacht besteht, dass diese auch in gesundem Zustand zeitnah größere Äste abwerfen werden.“***

Es kann und darf im Hinblick auf die Beurteilung der Verkehrssicherungspflicht keine Verallgemeinerungen geben, worauf immer wieder mit Bezug auf das Urteil des BGH vom 2. Juli 2004 (3) hingewiesen werden muss, in dem der BGH zur Häufigkeit und zum Umfang der Baumkontrollen festgestellt hat:

*„Wie oft und in welcher Intensität solche Baumkontrollen durchzuführen sind, lässt sich nicht generell beantworten. Ihre Häufigkeit und ihr Umfang sind von dem Alter und Zustand des Baumes sowie seinem Standort abhängig (Breloer, Wertermittlungsforum 2004, 3, 8).“*

Es ist nicht hinnehmbar, wenn bestimmte Baumarten wie die Pappel generell als „Gefahrenbaum“ (4) bezeichnet und damit die von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze der Verkehrssicherungspflicht für Bäume ausgehebelt werden. Auch für die Pappel gilt der rote Faden, wobei selbstverständlich die Besonderheiten der Baumart Pappel berücksichtigt werden müssen. Aber die Pappel kann nicht allgemein als „Gefahrenbaum“ abgestempelt werden mit dem Ergebnis, dass in Zukunft alle hohen Pappeln in Verkehrsbereichen von vorneherein zu fällen sind, weil der Astbruch in jedem Fall vorhersehbar wäre. Als nächste Baumart wäre der Ahorn an der Reihe, der bekanntlich unter bestimmten Wachstumsbedingungen vermehrt zum plötzlichen Ausbruch grüner Äste neigt. Eingestuft als „Gefahrenbaum“ wäre beim Ahorn auch dieser Astausbruch als generell vorhersehbar einzustufen und würde den Baumeigentümer ohne Entlastungsmöglichkeit zum Schadensersatz verpflichten.

#### **Pappel-Urteile des BGH vom 21. März 2003 (5) und vom 4. März 2004 (6)**

Zur Bekräftigung der Gefährlichkeit der Pappel und der Schadensersatzpflicht bei ihrem Versagen wird gerne das seinerzeit Aufsehen erregende Pappelurteil des BGH vom 21. März 2003 herangezogen. Hier hatte der BGH den Baumeigentümer nach dem Umsturz einer Pappel zum Schadensersatz wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht verurteilt, weil eine konkrete Gefahr von dem Baum

ausging, die der Baumeigentümer schuldhaft ignoriert hatte. Dieses im Ergebnis nicht angreifbare Urteil hatte schon wegen des für Laien unverständlichen Leitsatzes Unruhe in der Fachwelt ausgelöst. *„Unterhält der Eigentümer auf seinem Grundstück einen Baum, der allein infolge seines Alters auf das Nachbargrundstück stürzen kann, so ist er Störer im Sinn des § 1004 Abs. 1 BGB.“* Es handelte sich um den Sturz einer 30 Jahre alten Pappel, deren Alter der BGH als Endalter ansah, weil hier die forstliche Umtriebszeit als tatsächliche Lebenserwartung der Pappel angegeben worden war. Völlig zu Unrecht befürchtete man, beim Umsturz alter Bäume und speziell von Pappeln von vorneherein schadensersatzpflichtig zu werden. Aber hier war nicht das Alter der Pappel, sondern ihre tatsächlich gegebene Instabilität für den Klageerfolg entscheidend.

Kaum beachtet wurde dagegen das ein Jahr später verkündete Pappel-Urteil des BGH vom 4. März 2004, in dem der BGH die Pappel als Baumart rehabilitierte. Den Ausbruch eines belaubten Astes aus einer über 60 Jahre alten Pyramidenpappel als Straßenbaum sah der BGH als nicht vorhersehbar an. Soweit die Geschädigte vorgetragen hatte, dass die in Rede stehenden Alleepappeln aus der Zeit von vor 1939 stammten und nur eine durchschnittliche Lebensdauer von 70 Jahren hätten, hielt der BGH dem entgegen: *„Indessen ist in der Rechtsprechung bereits darauf hingewiesen worden, daß das Alter - und sogar eine Vorschädigung - eines Baumes für sich allein genommen nicht ohne weiteres eine gesteigerte Beobachtungspflicht des Verkehrssicherungspflichtigen erfordern (OLG Stuttgart, VersR 1994, 359).“*



Statt von gesteigerten Anforderungen an die Verkehrssicherungspflicht für Pappeln geht der BGH stets von seinen in ständiger Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen der Verkehrssicherungspflicht für Bäume aus, die keine Ausnahme für bestimmte Baumarten vorsehen und insoweit auch keine speziellen "Gefahrenbäume" festlegen.

### **Pappelurteil des OLG Koblenz vom 14. Februar 2001**

Schon das OLG Koblenz hatte in einem früheren Urteil vom 14. 2. 2001 (7), in welchem es einen Schadensersatzanspruch nach dem Ausbruch eines grünen Astes aus einer Pappel ablehnte, ausdrücklich festgestellt:

***„Grundsätzlich erfordert es die Verkehrssicherungspflicht - selbst für Straßen- und Parkplätze - nicht, unauffällige, gesunde, nur naturbedingt immer etwas bruchgefährdete Pappeln zu stutzen oder den Bestand großer Bäume dieser Arten an Verkehrsflächen überhaupt zu beseitigen. ... Erst bei verdächtigen Umständen, wie etwa trockenem Laub, dünnen Ästen, äußeren Verletzungen oder Beschädigungen, hohem Alter, Erhaltungszustand, Eigenart oder Stellung, statischem Aufbau und ähnlichem ... bedarf es der eingehenden Untersuchung.“***



## Literatur

- (1) OLG Saarbrücken, Urteil vom 29. Juni 2010, Az.: 4 U 482/09, eingereicht bei VersR mit Anmerkung Breloer
- (2) Breloer, H., Verkehrssicherungspflicht für Bäume aus rechtlicher und fachlicher Sicht, Heft 2 der Reihe Bäume und Recht, Thalacker Braunschweig, 6. Aufl. S. 11, [www.baeumeundrecht.de/Verkehrssicherungspflicht](http://www.baeumeundrecht.de/Verkehrssicherungspflicht)
- (3) BGH, Urteil vom 2. Juli 2004, Az.: V ZR 33/04, NJW 2004, 1381; AUR 1/2005, 34 und AUR 3/2005, 104; DS 2005, 302; WF 4/2004, 171
- (4) Wittek, Pappel als Gefahrenbaum bestätigt, AFZ-DerWald 24/2010, 38
- (5) BGH, Urteil vom 21. März 2003, NJW 2003, 1732; WF 3/2003, 107 mit Anm. Breloer, WF 3/2003, 108; WF 4/2003, 155; Breloer, Sind 30jährige Pappeln nicht mehr standsicher?, AFZ-Der Wald 24/2003,1224; Breloer, Anlass zu Missverständnissen - Das Pappel-Urteil des BGH vom 21. März 2003, Stadt + Grün 12/2003, 61; Breloer, Missverständliches Pappel-Urteil, Baumzeitung 1/2004, 22
- (6) BGH, Urteil vom 4. März 2004, NJW 2004, 1381; AUR 12/2004, 413; WF 2/2004, 63; Breloer, Astausbruch aus Alleepappel, Stadt und Grün 11/2004, 53 und WF 1/2005, 12
- (7) OLG Koblenz, Urteil vom 14. 2. 2001 (Az.: 1 U 1161/99), Breloer, H., Pappelsturz aus Staatswald auf angrenzende Straße, AFZ-DerWald 12/2009, 661

**Veröffentlicht in PRO BAUM Heft 1 2011, Seite20 - 21**